Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

kompetent. für Demokratie
Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus

Kurzzusammenfassung der Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung zum Programm „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“

Institut für Sozialarbeit
und Sozialpädagogik e.V.
Zeilweg 42
60439 Frankfurt am Main

Telefon 069 / 95789-0
Telefax 069 / 95789-190
info@iss-ffm.de
www.iss-ffm.de

ISS
Gemeinnütziger e.V.

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.
Zeilweg 42
60439 Frankfurt a.M.
Telefon: 069 - 95 78 9-0
E-Mail: info@iss-ffm.de
www.iss-ffm.de

Camino

Scharnhorststraße 5
10115 Berlin
Fon 030/786 29 84
Fax 030/785 00 91
mail@camino-werkstatt.de
www.camino-werkstatt.de

Camino
Scharnhorstr. 5
10115 Berlin
Tel.: 030 - 786 29 84
E-Mail: mail@camino-werkstatt.de
www.camino-werkstatt.de

Zentralstelle
kompetent. für Demokratie
Grünberger Str. 54
10245 Berlin
Tel.: 030-200789-60
E-Mail: zentralstelle@beratungsnetzwerke.de
www.kompetent-fuer-demokratie.de

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.
Zeilweg 42
60439 Frankfurt am Main
Telefon 069 / 95789-0
Telefax 069 / 95789-190
info@iss-ffm.de
www.iss-ffm.de
Scharnhorststraße 5
10115 Berlin
Fon 030/786 29 84
Fax 030/785 00 91
mail@camino-werkstatt.de
www.camino-werkstatt.de

Im Bundesprogramm „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ gab es im Jahr 2008 542 und im Jahr 2009 785 Beratungseinsätze von Mobilen Beratungsteams. Beratungsbedarf wird von vielfältigen Akteuren aus den Kommunen wie u.a. aus Verwaltungen, Schulen, von Einzelpersonen, aus Jugendeinrichtungen und von politischen Vertreter/innen sowie von zivilgesellschaftlichen Akteuren angemeldet, die in dieser Vielfalt dann i.d.R. auch Beratungsnehmer/innen sind.

Anlässe für das Zustandekommen einer Beratung sind am häufigsten öffentlich wahrnehmbare rechtsextreme Aktivitäten, gefolgt von der Beteiligung an Engagement- und Jugend-Freizeitstrukturen von Personen mit rechtsextremer Orientierung, Vorfällen/Ereignissen im schulischen Kontext, dem Erwerb von Immobilien durch Personen bzw. Organisationen mit rechtsextremer Orientierung sowie von der Begleitung bei der Gründung von Bürgerbündnissen.

Auf die Beratungsanfragen reagieren die mobilen Beratungsteams mit einer spezifischen Empowerment-Strategie, die sich in ihrer operativen Umsetzung zusammensetzt aus:

- Maßnahmen zur Problemsensibilisierung, Wissensvermittlung und zur Stärkung der Deutungsfähigkeit der Beratungsnehmer/innen,
- Maßnahmen der Unterstützung bei der Entwicklung von Handlungsstrategien sowie beratender Begleitung lokaler Akteure in neuen Krisensituationen, um sie zu befähigen, sich selbstständig damit auseinandersetzen zu können und
- an Ressourcen vor Ort orientierten Maßnahmen der Vernetzung als Voraussetzung dafür, dass im Fallkontext perspektivisch eine Verantwortungsteilung zwischen relevanten Akteuren zustande kommt und somit Ressourcen zur eigenständigen Problembearbeitung freigesetzt werden.

In der Mehrzahl der untersuchten Beratungsfälle wird der o.g. Dreierschritt vollzogen. Die Beratungsprozesse werden beiderseits, von den Berater/innen und den Beratungsnehmer/innen, hinsichtlich des Erreichens der verabredeten Zielstellungen überwiegend als erfolgreich eingeschätzt, insbesondere dort, wo eine anlassbezogene Intervention erfolgen kann, d.h. es in dialogischen Prozessen gelingt, mehrdimensionale Problemlagen in klar konturierte Teilprobleme zu zerlegen sowie Leit- und Handlungsziele und Strategien zum Vorgehen zu verabreden. Hinsichtlich der Handlungsziele kann i.d.R. ein hoher Konsens zwischen Berater/innen und Beratungsnehmer/innen erzielt werden, die Verständigung hinsichtlich der Leitziele (d.h. Sensibilisieren z.B. der Lehrer- und Schülerschaft, der Vereinsmitglieder oder der Mitglieder einer

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.
Zeilweg 42
60439 Frankfurt am Main
Telefon 069 / 95789-0
Telefax 069 / 95789-190
info@iss-ffm.de
www.iss-ffm.de
Scharnhorststraße 5
10115 Berlin
Fon 030/786 29 84
Fax 030/785 00 91
mail@camino-werkstatt.de
www.camino-werkstatt.de

Gemeinde sowie die Aktivierung zusätzlicher Akteure im erweiterten Fallkontext) ist hingegen nicht immer zu erwirken. Hier kollidieren u.a. komplexe Vor-Ort-Bedingungen mit der Programmvorgabe einer kurzfristigen Intervention und sind unter Umständen längerfristige Beratungsprozesse notwendig.

Problematische Aspekte im Beratungskontext konturieren sich in Einzelfällen hinsichtlich der Notwendigkeit zur professionellen Distanz: Insbesondere in strukturschwachen Gebieten sehen sich die mobilen Beratungsteams manchmal der Anforderung ausgesetzt, selbst als Akteure involviert zu werden und lokale Aufgaben angetragen zu bekommen. Andererseits übergehen in Einzelfällen auch die mobilen Beratungsteams den Zeitpunkt für einen rechtzeitigen Rückzug aus den Beratungsprozessen. Beide Aspekte kollidieren mit der Empowerment-Strategie und der damit verknüpften Berater/innen-Rolle, die durch eine professionelle Zurückhaltung gekennzeichnet werden kann.

Insgesamt wird von Seiten der Beratungsnehmer/innen den mobilen Beratungsteams Professionalität und der Beratungstätigkeit ein hohes Maß an Nutzen zugesprochen. Beratungsnehmer/innen beurteilen die Erreichbarkeit/Verfügbarkeit, Sachkompetenz, Kommunikationsstärke sowie die Fähigkeit zur Vernetzung der mobilen Beratungsteams als förderliche Ressourcen. Den Berater/innen wird seitens der Beratungsnehmer/innen attestiert, dass

- sie über eine hohe Informiertheit über regionale bzw. lokale Ausgangs- und Problemlagen sowie Expertise bzgl. vor Ort vorhandener Ressourcen und Unterstützungsstrukturen verfügen,
- sie dem besonderen Beratungssetting entsprechende – vor allem kommunikative – Kompetenzen (z.B. Moderation) einbringen sowie
- dass sie ein erfahrungsgestütztes Repertoire von auf den jeweiligen Problembereich zugeschnittenen Handlungsoptionen vorhalten.

Im Ergebnis konstatieren die Beratungsnehmer/innen durch die Beratung einen Zuwachs an Informiertheit, Sensibilität gegenüber dem Themenfeld „Rechtsextremismus“, Handlungsfähigkeit und Handlungssicherheit.

Der Interventionskontext „Rechtsextremismus“ konturiert eine spezifische Beratungssituation, die von anderen Beratungszusammenhängen divergiert. Die Besonderheiten bestehen falltypübergrei-

fend darin, dass der Ausgangspunkt der Beratungsarbeit im Zusammenhang mit einer gesellschaftlichen Problemlage steht und nicht Individuen Träger spezifischer Probleme sind. Ferner ist Rechtsextremismus ein Thema, das stark mit Ohnmachtsgefühlen besetzt ist und bei Akteuren – insbesondere aus Institutionen – häufig Angst vor Imageschäden hervorruft, die zu Handlungsblockaden führt. Nicht zuletzt bedarf es in diesem Kontext spezieller fachlicher Kenntnisse (z.B. über rechtsextreme Strukturen bundesweit sowie regionale Besonderheiten), die nicht immer öffentlich zugänglich sind und sowohl auf Erfahrungen als auch auf Kontakten im Feld beruhen.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt lassen sich Hinweise auf eine Nachhaltigkeit der Interventionsstrategien in zwei Settings ableiten. Zum einen sind dies Settings, in denen nach der Beratung durch das mobile Beratungsteam Sensibilität für das Thema Rechtsextremismus fortbesteht. In diesen Kontexten werden keine weiteren Aktionen umgesetzt. Die verantwortlichen Akteure vor Ort sorgen aber dafür, dass in regelmäßigen Abständen Informationen zur Themenstellung ausgetauscht werden. Zum anderen bestehen Settings, in denen nach Abschluss des konkreten Beratungsfalles weiterhin an bestehenden Problemlagen vor Ort oder auch zur Prävention von Konflikten weitergearbeitet wird, indem durch eine strukturelle Verankerung die inhaltliche Weiterarbeit sichergestellt wurde oder durch die Übertragung des gewonnenen Knowhows eine Diversifizierung des lokalen Handlungsspektrums erreicht werden konnte.

Empfehlungen

Der Formalisierungsgrad bei der Erstellung von Zielvereinbarungen, Beratungsplänen und (Fall-) Dokumentationssystemen ist nach wie vor gering. Ein Mindestmaß an Formalisierung der Beratungsverfahren ist wichtig, um Erfahrungswissen nachvollziehbar und auf andere Beratungszusammenhänge übertragbar zu machen. Hier besteht Entwicklungsbedarf dahingehend, Grundlageninstrumente zu erarbeiten, die regionalen und lokalen Besonderheiten angepasst werden können.

Die Interventionsstrategie Empowerment und die Spezifika des Interventionskontexts „Rechtsextremismus“ konturieren spezifische Professionalitätsanforderungen. In diesem Zusammenhang ist eine Fortschreibung von Qualitätsstandards nötig, um das gewonnene fachliche Knowhow zu bergen und eine Konturierung der spezifischen Professionalität und damit auch professionelle Anerkennung zu erwirken.

Da sich die konzeptionelle Trennung von Intervention und Prävention in der Praxis nicht als Schnittmuster anlegen lässt, scheint es angeraten, strukturelle Verantwortlichkeiten und Programmkonstellationen in den Blick zu nehmen, die einer Verknüpfung von Intervention und Prävention Rechnung tragen.

Mit Blick auf Programmvorgaben, die im Widerspruch zu einer erfolgreichen Beratungspraxis stehen, wird schließlich empfohlen, für eine Fortschreibung des Programms auf eine Verwendung des Krisenbegriffs zu verzichten und keine operationalen Vorgaben bezüglich der zeitlichen Befristung von Beratungsverläufen festzulegen. Erforderliche Kriterien für einen Fallabschluss sollten sich vielmehr konzeptionell an einem fachlichen Empowerment - Verständnis orientieren.